

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heusaallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d

## Inhalt

Karsten Voigt MdB, Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuß, widerspricht Caspar Weinberger: Wer unberechtigt Vorbedingungen stellt, handelt gegen die eigenen Interessen. Seite 1

Fritz Sänger fragt, ob Axel Springer wirklich der Meinung ist, daß in der Bundesrepublik eine Rechtsbewegung zum Erfolg führt. Seite 3

Klaus Warnecke MdL berichtet, wie Bayerns Landesamt für Datenverarbeitung zu Grabe getragen wird: Interesse wie der Weihnachtsmann für Maikäfer. Seite 5

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 812-1

36. Jahrgang / 73

15. April 1981

Weinberger macht es den Europäern schwer

-----  
Wer unberechtigte Vorbedingungen stellt, handelt gegen die eigenen Interessen

Von Karsten D. Voigt MdB  
Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuß

Der amerikanische Verteidigungsminister Caspar Weinberger macht es den Europäern schwer, die an einem vernünftigen und konstruktiven Verhältnis zur neuen US-Administration interessiert sind. Schon seine Aufforderung an den deutschen Bundestag, den Verteidigungshaushalt zu Lasten der Sozialausgaben zu erhöhen, war überflüssig und auf Grund unserer Einsicht in den Zusammenhang von äußerer Sicherheit und der Aufrechterhaltung der sozialen Sicherheit und demokratischen Stabilität im Inneren von der Sache her falsch. Schon frühere Äußerungen des amerikanischen Verteidigungsministers ließen ein bedauerlich schwaches Rüstungskontrollpolitisches Engagement erkennen. Diese Befürchtungen haben seine jüngsten Äußerungen weiter verstärkt. Deshalb muß Caspar Weinberger widersprochen werden.

Natürlich sind auch wir dafür, daß die UdSSR die Präsenz ihrer Truppen auf den Stand früherer Jahre verringert. Natürlich machen auch wir den Sowjets in Gesprächen klar, daß eine grundlegende Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen eintreten würde, falls sowjetische Truppen in der Volksrepublik Polen militärisch intervenieren. Der Ton der zurückhaltenden Äußerungen Leonid Breschnews in Prag und Erich Honeckers in Berlin deuten daraufhin, daß die



Staaten der Warschauer-Verteidigungsorganisation nach wie vor zu einer Stabilisierung der Lage in der Volksrepublik Polen ohne militärische Intervention beitragen wollen. Sicherlich kann auch der Besuch Leonid Breschnews in der Bundesrepublik Deutschland im Herbst dieses Jahres zur Stabilisierung der Lage in Polen beitragen.

Auch wir sind an einer Stabilisierung der Lage in der Volksrepublik Polen, allerdings natürlich aus zum großen Teil anderen Motiven und mit zum großen Teil anderen Zielen als die Sowjetunion und ihre Bündnispartner, interessiert. Hierzu ist die Bereitschaft westlicher Regierungen und Banken zur wirtschaftlichen und finanziellen Hilfe an die Volksrepublik Polen, gegebenenfalls sogar in teilweiser Zusammenarbeit mit der UdSSR ein besserer Beitrag als fortdauernde öffentliche und in der Wirkung sich allmählich verschleißende spektakuläre Warnungen und Aufforderungen an die Adresse der Führung der Sowjetunion.

Die Bereitschaft zu rüstungskontrollpolitischen Verhandlungen und Vereinbarungen sind auch keine Geschenke der USA und des Westens insgesamt an die UdSSR und ihre Verbündeten. Derartige Verhandlungen und Vereinbarungen liegen im beiderseitigen Sicherheitsinteresse. Wer aus dem rüstungskontrollpolitischen Zusammenhang her unberechtigte Vorbedingungen für derartige Verhandlungen aufstellt, handelt damit auch gegen das eigene sicherheitspolitische Interesse des Westens. Dieser Vorwurf muß Caspar Weinberger gemacht werden, wenn er nicht seine Haltung in der Weise korrigiert, daß er insbesondere Verhandlungen über Mittelstreckenbewaffnung ohne Vorbedingungen will.

Die Ausgangslage hierzu ist klar: Wer den rüstungskontrollpolitischen Teil des Doppelbeschlusses der NATO in Frage stellt, stellt auch den Beschluß der NATO vom Dezember 1979 insgesamt in Frage. Beide Teile des Beschlusses besitzen die gleiche Verbindlichkeit. Statt neuer Vorbedingungen für Verhandlungen hätte Caspar Weinberger besser Terminvorschläge für einen baldigen Beginn der Verhandlungen gemacht. Die Risiken des Rüstungswettlaufs bei den Mittelstreckenwaffen, bei den strategischen Interkontinentalen Systemen und nun auch noch im Weltraum zeigen, daß nicht weniger, sondern mehr Engagement für Rüstungskontrolle unseren friedens- und sicherheitspolitischen Interessen und Zielen entspricht.

(-/15.4.1981/h1/ca)

+

+

+



**Direkte Dienstbereitschaft**  
-----

Ist Springer wirklich der Meinung, daß in der Bundesrepublik  
eine Rechtsbewegung zum Erfolg führt?

Von Fritz Sanger

Die Zeitung "Die Welt" steht wieder einmal vor einer Wende. Sie war im April 1946 von den britischen Besatzungsbehörden gegründet worden und errang damals durch sorgfältige Information, ausgewogene und zuverlässige Berichterstattung und Stellungnahmen unter der Leitung des deutschen Chefredakteurs Rudolf Küstermeier in der neuen deutschen Presse sehr schnell eine weit hervorragende Position. Dennoch war das Unternehmen nicht gewinnbringend. Die britischen Behörden suchten und fanden deutsche Interessenten, von denen vor allem die Erben des Hamburger Verlagshauses Broschek, der Bankier Robert Pferdenges (in Zusammenarbeit mit dem einstigen Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht) als Kontaktmann für die CDU, Karl Ullstein aus dem alten Berliner Verlagsunternehmen, dann aber der einstige enge Mitarbeiter von Alfred Hugenberg, Ludwig Klitzsch und schließlich der damals als "Jung-Verleger" bezeichnete Axel Springer zu nennen sind. Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund bekundete in Verbindung mit dem ersten Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein, Dr. Theodor Steltzer (CDU), Interesse,

Da das Geld eine Rolle spielte, das zu zahlen war, hatten sehr bald Klitzsch und Springer die größten Aussichten auf den Kauf. Klitzsch fand indessen in der britischen Öffentlichkeit wegen seiner Zusammenarbeit mit Hugenberg Widerspruch. Axel Springer galt als liberal. Er hatte versichert, daß er kein Politiker sei und auch keinen politischen Ehrgeiz zu entwickeln beabsichtige. Er bekam den Zuschlag. Diese Wahl bestätigte eine Information einer an den Verhandlungen unmittelbar beteiligten Personlichkeit, daß die Übergabe der besonders gewichtig gewordenen Zeitung in deutsche Hände unter der Voraussetzung erfolge, daß sie auch künftig tendenzfrei bleibe und unabhängig und umfassend informiere und Stellung nehme. Die junge Bundesrepublik hatte zur Entwicklung einer demokratischen Wirklichkeit jede Unterstützung nötig.

Der deutsche Verleger hatte das Glück, sachkundige und unabhängige Mitarbeiter und Berater übernehmen zu können, die mit unterschiedlichen Meinungen um den Weg zum journalistischen Erfolg rangen. Die Methoden der Lüge, der Täuschung und des Betruges der öffentlichen Meinung, die unter der Diktatur systematisch die Presse gelenkt hatten, waren überwunden. Die wesentliche Aufgabe einer Zeitung in der Bundesrepublik war es, das Vertrauen der Bürger wieder zu gewinnen. Auch kommerzielle Überlegungen mußten vor allem dieser Aufgabe dienen.

Sie konnte und kann nur durch eine unabhängige Redaktion erfüllt werden. Bald nach der Übernahme in deutsche Hände wurden jedoch tendenzbelastete Wechsel in der Leitung der Redaktion vorgenommen. Sie wiederholten sich. Die Richtung der Zeitung schwankte wie die Nadel im Kompaß. Viele Leser wurden irritiert und wandten sich ab, andere kamen freilich hinzu, aber die Kontinuität, der Charakter der Zeitung ging verloren, eine sichere Voraussetzung für den Niedergang.

Es waren nicht die Themen, die sich die Redaktion der Zeitung für die Nachrichtengebung und für die Kommentare auswählte, sondern der Ton, in dem geschrieben wurde, ein oft unverantwortlicher Umgang mit Tatsachen, eine allzu deutliche direkte Dienstbereitschaft gegenüber einer "Obrigkeit", deren sich wandelnde Emotionen von den Chefredakteuren wie Signale beachtet, respektiert und auch überdimensioniert wurden. Diese Haltung kennzeichnete "Die Welt". Jederzeit hat es in der Redaktion an dem politischen Gespräch gefehlt, das allein den Ausgleich sucht und Ausgewogenheit sichert.



Wollte, will das Haus, in dem sie erscheint, überhaupt die Voraussetzung erfüllen, die mit dem Kauf verbunden war? Es war vorauszusehen und ist vorausgesagt worden, daß die "Welt", die einseitig und parteilich wurde, nicht nur das Interesse vieler Leser, sondern auch ihre einstige Bedeutung verlor. Sie wurden und ird im Inland und Ausland immer seltener zitiert.

Die Frage ist heute zwingend: Ist man im Verlagshaus, ist der Verleger wirklich der Meinung, daß in der Bundesrepublik Deutschland eine Rechtsbewegung zum Erfolg führt? Will man ihr folgen, will man sie fördern?

Ich erinnere mich an manches in früheren Jahren geführte gute Gespräch mit Axel Springer. Leidenschaftlich trat er einst dafür ein, nie die Mahnung zu vergessen, die der Reichskanzler aus der Zentrumspartei, Joseph Wirth, 1922 nach dem Mord an Außenminister des Reiches, Walther Rathenau, im Deutschen Reichstag in bewegter Erregung ausgesprochen hatte:

"In jeder Minute Demokratie! Aber nicht Demokratie, die auf den Tisch schlägt und sagt, wir sind die Gewalt. Nein, wir wollen in Demut und Geduld einen Weg der Freiheit für das eigene unglückliche Vaterland suchen. In diesem Sinne sollen alle Hände und jeder Mund sich regen, um endlich in Deutschland diese Atmosphäre des Mordes, des Zornes, der Vergiftung zu zerstören. Da steht der Feind, wo Mephisto sein Gift in die Wunde eines Vokes träufelt, da steht der Feind! Und darüber ist kein Zweifel: Dieser Feind steht rechts!"

Im Tosen des Beifalls erhoben sich damals die Zuschauer auf den überfüllten Tribünen und die Abgeordneten im Plenum von der KPD auf der linken, bis zur Deutschen Volkspartei auf der rechten Seite. Die Deutschnationalen blieben sitzen. Sie brachten dann ein Jahrzehnt später in Zusammenarbeit mit Hitler das Verderben über Deutschland.

(-/19.4.1981/va-he/ca)

+

+

+



### Interesse wie der Weihnachtsmann für Maikäfer

---

Bayerns Landesamt für Datenverarbeitung wird zu Grabe getragen

Von Klaus Warnecke Mdl.

Vorsitzender des Arbeitskreises EDV der SPD-Landtagsfraktion in Bayern

Ein Staatsbegräbnis steht in Bayern ins Haus. Nach elfjähriger Mauerblümchenexistenz scheidet das Landesamt für Datenverarbeitung dahin. Totengräber sind die Interessenten der einzelnen Ressorts und das Unvermögen der Staatskanzlei, die Entwicklung zu steuern. Trauergäste sind die steuerzahlenden Bürger.

Am 12. Oktober 1970 erhielt Bayern ein Gesetz über die Organisation der elektronischen Datenverarbeitung im Freistaat Bayern (EDV-Gesetz). Nach diesem Gesetz sollten der Staat und die Gemeinden kooperativ zusammenarbeiten, für gegenseitigen Datenaustausch sorgen, Aus- und Fortbildung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes auf dem Gebiet der Datenverarbeitung fördern und den Wildwuchs eigener Computer-Anlagen in den Ministerien bremsen. Zu diesem Zwecke wurde das Landesamt für Datenverarbeitung als "zentrale Leitstelle" eingerichtet und unmittelbar der Staatskanzlei nachgeordnet.

Was ist geschehen? Das Innenministerium, das Landwirtschaftsministerium und das Finanzministerium haben von der Existenz des Landesamtes schlechthin keine Kenntnis genommen, sondern selbst im größten Umfange Rechenzentren eingerichtet. Eine Koordination der EDV im staatlichen Bereich fand weder bei der Hardware (Maschinen) noch bei der Software (Programme) statt. Der Datenaustausch zwischen kommunaler und staatlicher Ebene hinkt und stottert.

Am Unvermögen des Landesamtes oder seines (kürzlich an die Bezirksfinanzdirektion Ansbach abgeschobenen) Präsidenten Dr. Schleicher allein kann es nicht liegen. Tatsache ist, daß ein Amtschef sich gegen die ungezügelt Einzelinteressen sämtlicher Ressorts nicht durchsetzen kann, insbesondere dann, wenn die Staatskanzlei versagt. Das Landesamt ist der Staatskanzlei unmittelbar nachgeordnet. Die "Abteilung D" der Staatskanzlei ist mit einem Ministerialdirigenten, einem leitenden Ministerialrat, drei Ministerialräten und zwei weiteren Referenten personell bestens ausgestattet. Die Frage ist erlaubt, was diese Abteilung in den letzten zehn Jahren überhaupt getan hat. Eine Koordination der EDV im ministeriellen Bereich jedenfalls hat nicht stattgefunden.

Mein Vorschlag: Die Abteilung "D" in der Staatskanzlei wird ersatzlos aufgelöst. Die Beamten werden auf andere staatliche Stellen verteilt, wo sie tatsächlich nötig sind und eine Aufgabe erfüllen dürfen. Letztlich verantwortlich: Die Ministerpräsidenten Coppel und Strauß, die der Koordination der ministeriellen Arbeit so viel Liebe und Aufmerksamkeit zuwandten, wie der Weihnachtsmann den Maikäfern.

Nach elf Jahren kapituliert die koordinierte EDV. Das Landesamt für Datenverarbeitung wird aufgelöst. Die Beute teilen sich die einzelnen Ressorts. Das zerschlagene Landesamt für EDV wird dem Statistischen Landesamt eingegliedert und dem Innenministerium unterstellt. Eine ressortübergreifende Planung und Koordination wird in Zukunft erst recht nicht möglich sein. Oder sollte dem Innenministerium gelingen, was dem Ministerpräsidenten unmöglich war?

Ein kleiner Skandal am Rande: Nach Artikel 5 des EDV-Gesetzes besteht beim Landesamt für Datenverarbeitung zur Beratung in fachlichen, organisatorischen und technischen Fragen ein Beirat. Der Landtag hat seine Vertreter in diesem Beirat am 13. Dezember 1978 gewählt (drei CSU- und zwei SPD-Abgeordnete). Seit drei Jahren ist dieser Beirat nicht mehr zusammengetreten. Scheut die Staatsregierung das Licht der Öffentlichkeit oder will sie vollendete Tatsachen schaffen, bevor der Beirat "beraten" kann? (-/15.4.1981/vo-he/ca)

